

Günther Winkler

# **Verfassungsgesetzgebung und Verfassungsinterpretation in Liechtenstein**

Möglichkeiten und Grenzen  
von Verfassungsänderungen

# Inhaltsverzeichnis

## GELEITWORT

1.	Vom Wert und Wesen einer Verfassung .....	V
2.	Die Verfassung aus heutiger Sicht .....	VII
3.	Die Verfassung von Liechtenstein .....	VIII
4.	Die Verfassung und ihre Ausführung durch einfache Gesetze .....	IX
5.	Arten der Verfassungsinterpretation .....	XI
6.	Der Staat als Kriterium der Verfassungsinterpretation .....	XII
7.	Teiländerung und Gesamtänderung der Verfassung .....	XIII

## I. ENTSTEHUNG UND ENTWICKLUNG DER VERFASSUNG

### VERFASSUNGSGESCHICHTLICHE ORIENTIERUNGEN

1.	Allgemeine Orientierungen .....	3
2.	Die Vorgeschichte zum Reichsfürstentum aus dem Jahr 1719 .....	11
3.	Etappen der Geschichte der geschriebenen Verfassung .....	13
a.	Die Verfassung des Jahres 1808 .....	13
b.	Die Verfassung des Jahres 1818 .....	16
c.	Die Verfassungsprovisorien aus 1848, 1849 und 1852 .....	19
(i.)	Der Fürstliche Erlass vom 19. März 1848 .....	19
(ii.)	Konstitutionelle Übergangsvorschriften vom 7. März 1849 .....	19
(iii.)	Der Fürstliche Erlass vom April 1849 .....	20
(iv.)	Der Reaktionserlass vom 20. Juli 1852 .....	21
(v.)	Die Verfassung des Jahres 1862 .....	21
(vi.)	Die Verfassung des Jahres 1921 .....	26
4.	Die Neuerungen der Verfassung aus dem Jahr 2003 .....	31
5.	Die Verfassungsreform des Jahres 2003 .....	32
6.	Schlussfolgerungen aus dem Vergleich .....	35
7.	Verfassungsverträge als Demokratieverträge .....	40
8.	Verpflichtungen von Fürst und Volk aus der Verfassung .....	42

## II. MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN

### VON VERFASSUNGSÄNDERUNGEN

1.	Der Anlass für das Thema .....	47
2.	Allgemeine Vorschriften der Landesverfassung .....	49

3.	Die allgemeine Regel für Verfassungsänderungen aus dem Jahr 1921 .....	51
4.	Die besondere Regel des Jahres 2003 für Verfassungsänderungen ...	52
5.	Verfassungsgeschichtliche Perspektiven .....	56
6.	Europarechtliche Implikationen .....	59
7.	Staatsrechtliche Implikationen .....	62
8.	Staatspolitische und demokratietheoretische Implikationen .....	66
9.	Die Überwachung der Verfassungsgesetzgebung der Mitgliedstaaten durch den Europarat .....	70

**III. DIE VERFASSUNGSINITIATIVE DES FÜRSTENHAUSES,  
IHRE VEREINBARKEIT MIT DER VERFASSUNG UND  
MIT DEN STAATSVERTRÄGEN**

1.	Vorbemerkungen .....	77
2.	Die Vereinbarkeit der Initiative mit der Verfassung .....	79
	a. Die Initianten des Initiativbegehrens .....	79
	b. Die Art der Initiative .....	81
	(i.) Das Hausgesetz und das Fürstenhaus .....	85
	(ii.) Die Immunität des Landesfürsten .....	89
3.	Die Vereinbarkeit der Initiative mit den bestehenden Staatsverträgen .....	90
4.	Die Vereinbarkeit der Initiative mit Art. 3 des Zusatzprotokolls zur EMRK .....	98

**IV. DIE VERFASSUNGSINITIATIVE DES FÜRSTENHAUSES,  
RECHTSFORM UND EINHEIT DER MATERIE**

1.	Die Sachlage .....	109
2.	Das Verfahren für ein formuliertes Initiativbegehren .....	110
	a. Anmeldung, formale Prüfung, Zulassung und materielle Vorprüfung eines Initiativbegehrens .....	111
	b. Einbringung und Prüfung eines zugelassenen Initiativbegehrens .....	112
	c. Beschlusskompetenzen des Landtages .....	113
	d. Die Volksabstimmung über ein formuliertes Initiativbegehren.	113
	e. Zusammenfassung .....	114
3.	Die Rechtsform und der Inhalt von formulierten Initiativbegehren	115
	a. Der Gegenstand eines formulierten Begehrens .....	115
	b. Die Arten von Begehren und ihre Eingabe .....	115

c.	Das Kumulierungsverbot für verschiedene Arten von Begehren .....	116
d.	Das Kumulierungsverbot für Initiativbegehren und Referendumsbegehren .....	116
e.	Das Kumulierungsverbot für einfache und formulierte Begehren .....	117
f.	Die Verfassungsmäßigkeit der Kumulierungsverbote .....	117
4.	Das Rechtsinstitut des formulierten Initiativbegehrens .....	117
5.	Die Einheit der Materie nach dem Staatsgerichtshof .....	122
6.	Die Einheit der Materie im Schrifttum und in der Praxis .....	129
7.	Die Einheit der Materie als Rechtsinhaltsbegriff .....	134
8.	Totalrevision, Partialrevision und Einheit der Materie in der Verfassung der Schweiz .....	142
9.	Gesamtänderung, Teiländerung und Einheit der Materie in der Verfassung von Österreich .....	147
10.	Gesamtänderung, Teiländerung und Einheit der Materie in der Verfassung von Deutschland .....	150
11.	Totalrevision, Partialrevision und Einheit der Materie in der Verfassung von Liechtenstein .....	152
12.	Sinn und Grenzen der Verfassungsrechtsvergleichung .....	154
13.	Grundbegriffe der empirischen Staatslehre und Rechtsbegriffe einer bestimmten Verfassung .....	158
14.	Schlussfolgerungen und praktische Konsequenzen .....	163

## V. DIE ABSTIMMUNGSBESCHWERDE, INITIATIVBEGEHREN UND NICHTIGERKLÄRUNG

1.	Die Sachlage .....	171
2.	Die Rechtsgrundlage der »Abstimmungsbeschwerde« .....	172
3.	Die drei Verfahrensstadien zur Durchführung eines Initiativbegehrens .....	172
4.	Das Teilverfahren zur Anmeldung, Vorprüfung und behördlichen Zulassung eines Initiativbegehrens .....	173
5.	Die Parteien des Anmeldeverfahrens .....	174
6.	Zur Beschwerdelegitimation der Beschwerdeführer .....	175
7.	Der Gegenstand der »Abstimmungsbeschwerde« .....	175
8.	Die Zuständigkeit der Regierung .....	175
9.	Die Zuständigkeit des Landtages .....	176
10.	Die Fristen im Anmeldeverfahren .....	176
11.	Die Fristsetzung durch die Regierung .....	177

**VI. DIE BESCHWERDE AN DEN STAATSGERICHTSHOF  
GEGEN DEN BESCHLUSS DES LANDTAGS ÜBER DIE  
VERFASSUNGSINITIATIVE DES FÜRSTEN**

1.	Die Sachlage .....	181
2.	Der Sachverhalt gemäß der Beschwerde .....	181
3.	Die Beschwerdeanträge .....	182
4.	Die Verfügung des StGH an die Initianten .....	183
5.	Der Beschwerdegegenstand .....	183
6.	Die Zuständigkeit des StGH .....	189
	a. Die formale Zuständigkeit .....	189
	b. Die materielle Zuständigkeit .....	190
7.	Entscheidungsvoraussetzungen und Entscheidungen .....	191
8.	Die Entscheidung des StGH als Verwaltungsgerichtshof .....	192
9.	Die Entscheidung des StGH als Verfassungsgerichtshof .....	192

**VII. DIE PRÜFUNG VON STAATSVERTRÄGEN  
DURCH DEN STAATSGERICHTSHOF**

1.	Die Fragestellung .....	199
2.	Der Kompetenztatbestand im Regelungszusammenhang .....	199
3.	Die zwei Geltungsgründe von Staatsverträgen .....	201
4.	Der innerstaatliche Rang von Staatsverträgen .....	202
5.	Der Prüfungsmaßstab .....	204
6.	Die Entscheidungsbefugnis des StGH .....	204
7.	Die Rechtswirkungen der Aufhebung .....	205
	a. Staatsrechtliche Konsequenzen .....	205
	b. Völkerrechtliche Konsequenzen .....	205
8.	Die Völkerrechtsverträglichkeit .....	206
9.	Verfassungsvergleichende Hinweise .....	207
10.	Das Beispiel Österreichs .....	207
11.	Die Anwendbarkeit der Kompetenzregelung .....	208

**VIII. FRAGEN ZUR ZUR PRÜFUNG VON STAATSVERTRÄGEN  
DURCH DEN STAATSGERICHTSHOF**

1.	Zum Begriff der »Verfassungswidrigkeit« .....	214
2.	Sind alle Staatsverträge vor dem StGH anfechtbar? .....	217
3.	Ist nur Primärrecht oder auch Sekundärrecht überprüfbar? .....	219

4.	Prüfbarkeit von unmittelbar und nicht unmittelbar anwendbaren Staatsverträgen .....	219
5.	Ist Art. 8 der LV ein erheblicher Maßstab für den StGH? .....	222
6.	Staatsverträge aufgrund einer Volksabstimmung .....	223
7.	Gutachten der Regierung und des Landtages über Staatsverträge ...	224
8.	Rechtsfolgen der Verfassungswidrigkeit eines Staatsvertrages .....	224
9.	Kassation der Verbindlichkeit oder Aufhebung der Anwendbarkeit	226
10.	Die Rechtswirkung der »Aufhebung der Anwendbarkeit« .....	227
11.	Appellentscheidungen des StGH .....	229
12.	Die Notifikation der Regierung von der Aufhebung .....	229
13.	Allgemeiner Kommentar zu den Fragen .....	230

## IX. WAHLRECHT UND STIMMRECHT

### DAS VERHÄLTNISSWAHLRECHT

#### UND DER ORDENTLICHE WOHNSITZ

1.	Sachlage und Rechtslage .....	239
2.	Die Regelungen in der Verfassung .....	241
	a. Der Kernbereich .....	241
	b. Institutionelle Aspekte .....	243
	c. Das Wahlrecht als ein politisches Recht .....	244
	d. Das Wahlrecht und die Freiheit der Niederlassung .....	246
	e. Die Freiheit des Mandats .....	249
	f. Schlussfolgerungen .....	251
3.	Der historische Hintergrund .....	252
4.	Die Rechtsauffassung des Staatsgerichtshofs .....	260
5.	Zur Auslegung der Verfassung .....	263
6.	Die Regelungen des Volksrechtegesetzes .....	267
7.	Zur Auslegung des Volksrechtegesetzes .....	271
8.	Die Novelle zum Volksrechtegesetz .....	277

## X. VERFASSUNGSRECHTLICHE GRUNDLAGEN

### FÜR EIN FINANZMARKTAUFSICHTSGESETZ

1.	Allgemeines zum Thema .....	281
2.	Die Regelungszusammenhänge der geltenden Vorschrift mit anderen Vorschriften der LV aus systematisch-dogmatischer Sicht	282
3.	Konkrete Fragen .....	289
4.	Konkrete Antworten .....	291

**XI. VERFASSUNGSRECHTLICHE GRUNDLAGEN FÜR DIE  
ALLGEMEINVERBINDLICHERKLÄRUNG VON  
GESAMTARBEITSVERTRÄGEN (GAV)**

1.	Das Reformanliegen .....	295
2.	Der Verfassungsvorschlag im Vernehmlassungsbericht .....	296
3.	Die Schweizer Verfassungsvorschrift .....	296
4.	Das System der Schweizer Bundesverfassung .....	297
5.	Das System der Landesverfassung von Liechtenstein .....	298
6.	Ein systematischer Vergleich der zwei Verfassungstexte .....	299
7.	Ein inhaltlicher Vergleich der zwei Verfassungstexte .....	300
8.	Verfassungskonforme Alternativen .....	300
9.	Staatsaufgaben im Bundesstaat und im Einheitsstaat .....	301
10.	Der Gesetzesvorbehalt in der Landesverfassung .....	304
11.	Die unterschiedliche Regelungstechnik der Verfassungen .....	306
12.	Schlussfolgerungen .....	307